

Niederschrift

UMWELT/IX/011

Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz

Donnerstag, 22.11.2018, 18:00 Uhr

Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich

Tagesordnung

- I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.**

- II. Öffentlicher Teil**
 1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
 2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
 3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen
 4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 24.10.2018
hier: Verbot des Einsatzes von Glyphosat auf städtischen Flächen
 5. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018
hier: Bewirtschaftungsvorgaben für städtische Pachtflächen
 6. Lärmaktionsplan 3. Runde
hier: Ergebnisse der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
 7. Forstwirtschaftsplan 2019
Vorlage: IX/1055
 8. Kartellrechtsverfahren zur Holzvermarktung durch Wald und Holz NRW
hier: Sachstandsbericht durch das Regionalforstamt Niederrhein
 9. Bericht der NEW-Netz GmbH zum Thema Umrüstung auf digitale Stromzähler
 10. Bericht zum Abfallaufkommen in der Stadt Korschbroich 2017
 11. Energiebericht 2016/2017
 12. Mitteilungen
 13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Lärmaktionsplan 3. Runde
hier: Bekanntgabe der Einwender im Mitwirkungsverfahren
Vorlage: IX/949/2
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

Anwesend:

CDU-Ratsfraktion

Esser, Peter Josef	sachk. Bürger
Fonk, Petra	stellv. Ausschussmitglied
Heidemann, Andreas	Ausschussmitglied
Indenhuck, Hubert	Ausschussmitglied
Kolvenbach, Heinrich	Ausschussmitglied
Lieser, Wolfgang	Ausschussmitglied
Scheufeld, Bernd	sachk. Bürger

SPD-Ratsfraktion

Afflerbach, Karl-Ulrich	Ausschussmitglied
Nazari, Farial	stellv. sachk. Bürger
Peternell, Elke	stellv. sachk. Bürgerin
Teppler-Lenzen, Denis	sachk. Bürgerin

Ratsfraktion Die Aktive

Böhm, Eberhard	
Pflieger, Hermann	sachk. Bürger

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Edelburg, Julia-Kathrin	sachk. Bürgerin
-------------------------	-----------------

FDP-Ratsfraktion

Gruhl, Hermann-Joseph	Ausschussmitglied
-----------------------	-------------------

Ratsfraktion ULLi/Zentrum

Makowiack, Bernd	Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW
------------------	--

Verwaltung

Hintzen, Walter	
Hoffmans, Dieter	Leiter Amt 61
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Renette, Sabine	Schriftführerin
Verjans, Theo, Dr.	stellv. Schriftführer

BUND

Sack, Gerd	sachk. Einwohner
------------	------------------

Niederschrift

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Einwohnerfragestunde

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Bürger 1 erkundigt sich, warum der Stadtteil Pesch im Lärmaktionsplan bezüglich des Fluglärms nicht berücksichtigt wurde.

Amtsleiter Dieter Hoffmans erläutert, dass sich das Stadtgebiet Korschenbroich nicht in einem Lärmschutzbereich des Flughafens Düsseldorf befindet und daher auch keine Berücksichtigung im Lärmaktionsplan erfolgt ist. Hinsichtlich der Belastung durch Fluglärm habe man zwischen den kreisangehörigen Gemeinden eine interne Verabredung getroffen, wonach sich die Stadt Korschenbroich vornehmlich um die Belange des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach kümmert, während die Gemeinden Kaarst und Meerbusch auch die Interessen der Stadt Korschenbroich hinsichtlich des Flughafens Düsseldorf vertritt. Man habe nichts desto trotz mehrfach versucht, in die Fluglärmkommission des Flughafens Düsseldorf zu kommen - dies jedoch ohne Erfolg.

Ein Bürger bemängelt fehlende Transparenz und Bürgernähe zu dieser Problematik.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben erklärt, dass die Stadt mehrere Anfragen an die Bezirksregierung und das Verkehrsministerium abgegeben und insgesamt viermal ohne Erfolg versucht hat, in die Lärmschutzkommission Düsseldorf aufgenommen zu werden. Der Fluglärm vom Düsseldorfer Flughafen ist in der Stadt Korschenbroich nicht ausreichend für eine Aufnahme im Lärmaktionsplan. Ferner werden die Belange durch die Städte Kaarst und Meerbusch abgedeckt. Außerdem haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt immer die Möglichkeit sich an der Diskussion zu beteiligen und in Bürgerinitiativen aktiv zu werden.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach weist darauf hin, dass es Initiativen gibt, die man unterstützen kann. Er selber hat im Übrigen mit seinen Messgeräten keinen nennenswerten Fluglärm gemessen.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben schlägt vor, interessierte Bürger zur städtischen Fluglärmkommission, die seit der Landtagswahl erst einmal getagt hat, einzuladen. Somit hätten diese dann die Möglichkeit, sich einzubringen; die nächste Sitzung ist für Januar/Februar 2019 avisiert.

Ein anderer Bürger will sich rückversichern, ob seine Eingabe von der Rochusstraße zum Lärmaktionsplan eingegangen ist und behandelt wird. Er bittet darum, nunmehr auch kurzfristig Taten folgen zu lassen und zumindest kostengünstige Möglichkeit zur Lärmreduzierung einzuleiten.

Beigeordneter Georg Onkelbach bestätigt den Eingang der Eingabe des Bürgers.

Eine Bürgerin fragt nach, ob es eine Gesetzesgrundlage und zeitliche Vorgaben gibt, in der die Maßnahme des Lärmaktionsplans umgesetzt werden müssen.

Amtsleiter Dieter Hoffmans erklärt die rechtlichen Rahmenbedingungen des Lärmaktionsplans. Ein Anrecht auf Durchführung von Maßnahmen besteht nicht.

Die Bürgerin fragt noch einmal nach, ob sie es richtig verstanden hat, dass die Verwaltung nichts unternehmen muss.

Amtsleiter Dieter Hoffmans erklärt erneut, dass es rein rechtlich gesehen korrekt ist, aber nicht im Interesse der Stadt liegt untätig zu bleiben. Er verweist zugleich auf die Finanzierungsproblematik der einzelnen Maßnahmen.

Beigeordneter Georg Onkelbach versteht die Unzufriedenheit und teilt mit, dass die Stadt etwas unternehmen wird.

Ausschussmitglied Gerd Sack weist darauf hin, dass seines Erachtens sehr wohl die Verpflichtung besteht, tätig zu werden. Er verweist dies bzgl. auf die entsprechende EU-Rahmenrichtlinie und die Vorgaben des Immissionsschutzgesetzes.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, wird zum öffentlichen Teil der Sitzung übergegangen.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Schriftführerin wird Verwaltungsangestellte Sabine Renette bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird **einstimmig** bei einer Stimmenthaltung das Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl bestellt.

3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben führt in feierlicher Form Frau Julia-Kathrin Edelburg und Frau Elke Peternell als sachkundige Bürgerinnen ein und verpflichtet diese. Die entsprechenden Verpflichtungserklärungen sind der Urschrift dieser Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beigefügt.

- 4. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 24.10.2018
hier: Verbot des Einsatzes von Glyphosat auf städtischen Flächen**

- 5. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2018
hier: Bewirtschaftungsvorgaben für städtische Pachtflächen**

Ausschussvorsitzender Wolfgang Houben schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4. und 5, gemeinsam zu beraten, da sie das gleiche Thema behandeln. Einwände hiergegen werden nicht erhoben.

Ausschussmitglied Hermann Pflieger trägt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vor, welcher das grundsätzliche Verbot des Einsatzes von Glyphosat auf städtischen Grundstücken und bei Neuabschlüssen/Verlängerung der Pachtverträge vorsieht. Insbesondere weist er darauf hin, dass man in Gesprächen mit der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vereinbart habe, den ersten Punkt des Antrages der Aktive zu belassen und sich für die übrigen Punkte dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen anzuschließen.

Ausschussmitglied Julia-Kathrin Edelburg erläutert anschließend den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dieser beinhaltet Ökologische Vorgaben für die Bewirtschaftung städtischer Pachtflächen. Sie führt aus, dass der Einsatz von Pestiziden, insbesondere von Glyphosat, zahlreiche Krankheiten hervorruft und auch für das Insektensterben mit verantwortlich ist. Insofern strebe man ein Verbot des Einsatzes entsprechender Stoffe auf städtischen Flächen an. Die Pachtverträge sollten entsprechend dahingehend geändert werden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wolfgang Lieser erläutert der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben die nunmehr beabsichtigte Fassung des Beschlusses:

Punkt eins aus dem Antrag der Aktive (Verbot von glyphosathaltigen Mitteln auf städtischen Grundstücken)
übrige Punkte gem. Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen

Es schließt sich eine Diskussion zu nachfolgenden Punkten des Antrages an, an der sich insbesondere die Ausschussmitglieder Wolfgang Lieser, Ulrich Afflerbach, Gerd Sack, Bernd Makowiak, Hermann Pflieger und der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben beteiligen

Auswirkungen für die Landwirtschaft und für die langfristige Verpachtung der städtischen Flächen an Landwirte;

Pflicht/Freiwilligkeit: vorrangige Verpachtung an „Ökobetriebe“;

Verzicht auf Pachtzins von 25%;

Vorschlag zur verstärkten Nutzung von „Kleinparzellen“ der Stadt als „Blühwiesen“ statt Blühstreifen an Ackerrändern

Einbeziehung des Kulturlandschaftsprogramms und der Biologischen Station als „Berater“
Zeitschiene zur Änderung von Pachtverträgen.

Von Seiten der Verwaltung wird im Rahmen der Diskussion darauf hingewiesen, dass bei städtisch bewirtschafteten Flächen wie Friedhöfen und Grünanlagen keine glyphosathaltigen Mittel mehr zum Einsatz kommen. So werden z.B. die Friedhofs-Wege zur „Unkrautbekämpfung“ thermisch behandelt.

6. Lärmaktionsplan 3. Runde hier: Ergebnisse der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Amtsleiter Dieter Hoffmans bittet Herrn Richard vom Planungsbüro Richter/Richard um seinen Vortrag. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem der Niederschrift beigefügt, hieraus sind auch die wesentlichen Inhalte des Vortrages zu entnehmen.

Ausschussmitglied Gerd Sack stellt Verständnisfragen, die von Herrn Richter beantwortet werden.

Ausschussmitglied Deniz Teppler-Lenzen bedankt sich bei Herrn Richard für seine Präsentation und fragt nach, welche konkreten Maßnahmen angedacht sind. Sie hält u.a. die Einrichtung von Tempo-30-Zonen als einen ersten Schritt für angebracht.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach fragt nach der Darstellung der Kosten im Haushalt nach. Beigeordneter Georg Onkelbach erklärt, dass als erstes Verkehrszeichen für die Geschwindigkeitsreduzierung aufgestellt werden sollen. Er warnt vor Luftschlössern, denn der Haushaltsplan sei eng gestrikt. Die Investition für die Friedrich-Ebert-Straße und Rochusstraße gehen in die Millionen. Die Einstellung der Kosten beim Landesbetrieb ist zwar grundsätzlich möglich, aber die Umsetzung würde viele Jahre dauern. Ziel sei deshalb, den Lärm möglichst bereits kurzfristig zu reduzieren; eine Reduzierung um 3 dB sei bereits wahrnehmbar. An das Ausschussmitglied Gerd Sack gerichtet, führt er an, dass Fördermittel immer nur eine Anteilfinanzierung umfassen und er nicht gewillt ist, dass die Restfinanzierung ggfs. durch die Bürger und Anlieger getragen werden muss, die ohnehin bereits durch den Lärm belastet sind. Es werde kurzfristig das umgesetzt, was finanzierbar ist - das andere sukzessive im Laufe der Zeit.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser begrüßt die Ausführungen des Beigeordneten Georg Onkelbach und bittet um Erläuterung des Beschlussvorschlages.

Amtsleiter Dieter Hoffmans verweist hinsichtlich der Finanzierung auf den im Beschlussvorschlag genannten Punkt 4 mit der Empfehlung an den Rat entsprechende Haushaltsmittel in 2020 bereitzustellen; für 2019 sei der Haushalt ja bereits verabschiedet. Das Jahr 2019 solle zur Abstimmung von baulichen und verkehrslenkenden Maßnahmen genutzt werden, gleichwohl seien die vom Beigeordneten Georg Onkelbach genannten Sofortmaßnahmen in den Blick zu nehmen und kurzfristig umzusetzen.

Ausschussmitglied Gerd Sack geht auf ein Vorhaben der Stadt Leipzig ein, welche die Gesamtlärmbelastung erfasst habe. Er fragt nach, ob dies auch in Korschbroich möglich ist.

Herr Richard erklärt, dass man dies nicht vergleichen könne, da zwischen Ballungsräumen und Nicht-Ballungsräumen inhaltliche, formale und finanzielle Unterschiede bestünden. Zudem ist das LANUV dabei, in einem Modellvorhaben eben dieses Verfahren zu testen – es ist jedoch höchst komplex, da die unterschiedlichsten Lärmquellen hier einfließen. Mit ersten Ergebnissen werde im Frühjahr/Sommer 2019 gerechnet.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird über folgenden Antrag abgestimmt:

Beschluss-Nr. IX/949/1

1. Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz stimmt den Abwägungsvorschlägen zu den eingegangenen Anregungen aus der Öffentlichkeit und den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zu.
2. Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz beschließt, die überarbeitete Version des Lärmaktionsplans Runde 3 unter Einarbeitung der Ergebnisse des Mitwirkungsverfahrens für die Dauer von vier Wochen erneut auszulegen und die Träger öffentlicher Belange erneut zu beteiligen.
3. Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW Umsetzungsstrategien für Maßnahmen an den lärmbelasteten Straßenzügen Rochusstraße/Friedrich-Ebert-Straße (L 381), Raitz-von-Frentz-Straße (L 381) und Landstraße westlich der Einmündung „Steinhausen“ (B 230) zu entwickeln. Die Planungsvorschläge im Lärmaktionsplan sind hierbei zu berücksichtigen und die voraussichtlichen Kostenanteile der Stadt Korschenbroich unter Berücksichtigung von möglichen Fördermitteln zu ermitteln.
4. Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz empfiehlt dem Rat, die notwendigen finanziellen Anteile der Stadt Korschenbroich für den Umbau in den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2020 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

7. Forstwirtschaftsplan 2019

Herr Forstamtmann Stephan Thoneick vom Landesbetrieb Wald und Holz, Regionalforstamt Niederrhein stellt in ausführlicher Form den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2019 vor. Inhaltlich wird hierzu auf die Sitzungsvorlage verwiesen, welche die wesentlichen Eckpunkte und Maßnahmen des Forstwirtschaftsplanes 2019 darstellt. Zunächst verweist er darauf, dass u.a. infolge des Sturms „Friederike“ die für dieses Jahr vorgesehenen Maßnahmen nicht alle durchgeführt werden konnten, da man mit der Aufarbeitung von Sturmholz beschäftigt gewesen ist. Er erläutert die Maßnahmen für das kommende Jahr im Einzelnen und geht auf die vorgesehenen Endnutzungen, Wiederaufforstungen und Bestandspflege ein.

U.a. verweist er darauf, dass es aufgrund des trockenen Sommers zu extremen Anwuchsausfällen (insbesondere im Pferdsbroich) gekommen ist (ca. 80% der Eichen), die nunmehr nachgebessert werden müssen.

Die für dieses Jahr vorgesehene Wegesanierung in Raderbroich muss auf das kommende Jahr verschoben werden, da die beantragten Fördermittel (70% der Nettosumme) nicht bewilligt wurden. Fördermittel würden im kommenden Jahr hierfür nochmals beantragt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Afflerbach erläutert Herr Forstamtmann Stephan Thoneick, dass die Schäden durch den Borkenkäfer in den Fichtenbeständen aufgrund des langen,

warmen und extrem trockenen Sommers (Massenvermehrung des Borkenkäfers, bis zu vier Generationen, Trockenstress der Bäume und infolgedessen kaum Harzbildung als natürliche Abwehr) sehr hoch seien. Da im Stadtgebiet nur relativ wenige Fichtenbestände vorhanden sind (Nadelholzanteil ca. 5%) fällt dies jedoch nicht ins Gewicht. Insofern ergeben sich für Korschenbroich auch günstigere Ergebnisse für den Waldschadensbericht als landesweit. Nichts desto trotz zeigen sich auch in Korschenbroich andere Schadsymptome, wie etwa das Eschentriebsterben (Pilzerkrankung), z. B. im Hoppbruch.

Ausschussmitglied Makowiack geht auf den Zuschussbedarf ein und begrüßt, dass dieser im vorliegenden Plan geringer ausfällt als im Vorjahr. Dennoch steht er dem vorgelegten Entwurf des Forstwirtschaftsplanes kritisch gegenüber, da weiter Zuschussbedarf besteht.

Herr Forstamtmann Stephan Thoneick antwortet, dass der Zuschussbedarf nicht noch weiter reduziert werden kann. Es sei notwendig, insbesondere die Pappeln sukzessive einzuschlagen, da ansonsten die Schere zwischen Holzerlös und Kosten für die Fällarbeiten, aufgrund zunehmender Fäulnis, immer weiter zunehme. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die vielfältigen Wohlfahrtswirkungen des Waldes insbesondere für Gesundheit, Freizeit und Erholung.

Ausschussmitglied Gerd Sack bemängelt an dieser Stelle den bescheidenen Haushalt für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege.

Auf die Frage, ob durch die weiträumigen Fällungen, etwa im Bereich von Raderbroich, nicht der Lebensraum für das Rehwild eingeschränkt wird, antwortet Herr Forstamtmann Stephan Thoneick, dass in jedem Stadium der „Waldentwicklung“ (Neuaufforstung, Dickungsstadium, Altwald etc.) jeweils andere Tier- und Pflanzenarten vorkommen. Der Lebensraum Wald ist kein statisches sondern ein dynamisches System, welches einem stetigen Wandel unterliegt.

Beschluss-Nr. IX/1055

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den vom Landesbetrieb Wald und Holz, Regionalforstamt Niederrhein, vorgelegten Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2019 zu beschließen und durchzuführen.

8. Kartellrechtsverfahren zur Holzvermarktung durch Wald und Holz NRW hier: Sachstandsbericht durch das Regionalforstamt Niederrhein

Herr Forstamtmann Stephan Thoneick erläutert zunächst kurz den rechtlichen Hintergrund der nunmehr anstehenden Änderungen infolge des Kartellrechtsverfahrens bzgl. der Holzvermarktung über die Landesforstverwaltungen (Monopolstellung; fehlender Wettbewerb). Für NRW sei zunächst eine Änderung/Umstellung der Holzvermarktung zum 1. Januar 2019 vorgesehen gewesen. Dieser Termin ist jedoch aus organisatorischen Gründen nicht zu halten, da hiermit tiefgreifende Änderungen der gesamten Holzwirtschaft und auch für die Forstbetriebsgemeinschaften im Einzelnen einhergehen. Insofern bleibe zunächst für 2019 alles beim „Alten“.

Am 15. Februar 2019 werde es jedoch für die Forstbetriebsgemeinschaften eine Informationsveranstaltung beim Regionalforstamt Niederrhein zu dieser Thematik geben, bei der über mögliche Strategien der zukünftigen Holzvermarktung berichtet werden soll.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie nimmt die Ausführungen ohne besonderen Beschluss zur Kenntnis.

9. Bericht der NEW-Netz GmbH zum Thema Umrüstung auf digitale Stromzähler

Herr Michael Steffens von der NEW-Netz GmbH geht auf den Inhalt des Berichtes zum Thema Umrüstung auf digitale Stromzähler ein.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem der Niederschrift beigefügt, hieraus sind auch die wesentlichen Inhalte des Vortrages zu entnehmen.

In seinem Vortrag erläutert Herr Steffens auf Nachfrage auch die Datensicherheit und die Leistungsfähigkeit der digitalen Zähler bezüglich der Einbeziehung von sonstigen Daten, z. B. Solaranlagen.

10. Bericht zum Abfallaufkommen in der Stadt Korschenbroich 2017

Umweltingenieur Walter Hintzen erläutert die im Ratsinformationssystem der Niederschrift beigefügte Präsentation über das Abfallaufkommen der Stadt Korschenbroich für das Jahr 2017 anhand diverser Graphiken und Abbildungen. Er geht hierbei auf die einzelnen Abfallfraktionen und deren mengenmäßige Entwicklung in den letzten Jahren ein und stellt diese im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Kommunen dar.

Beschluss-Nr. IX/1058

Der Ausschuss für Umwelt Grundwasser und Energie nimmt den Bericht über das Abfallaufkommen in der Stadt Korschenbroich für das Jahr 2017 zur Kenntnis.

11. Energiebericht 2016/2017

Umweltingenieur Walter Hintzen erläutert den Energiebericht 2016/2017. Insbesondere weist er darauf hin, dass aufgrund der Softwareumstellung nur die letzten beiden Jahre dargestellt werden können. Normal wäre ein dreijähriger Bereich, da ansonsten für die Einzelobjekte kein adäquater Vergleich möglich ist. Deshalb habe er auch nur exemplarisch einige Objekte ausgewählt. Nach der entsprechenden Darstellung dieser Objekte geht er noch auf die energetischen Umbauarbeiten im Hallenschwimmbad in Korschenbroich ein und stellt exemplarisch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung vor.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem der Niederschrift beigefügt, hieraus sind auch die wesentlichen Inhalte des Vortrages zu entnehmen.

Beschluss-Nr. IX/1059

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur kommunalen Energiebewirtschaftung zur Kenntnis.

12. Mitteilungen

Beigeordneter Georg Onkelbach geht auf einen Zeitungsartikel der Rheinischen Post ein, in dem über den Ausbau der L 381 berichtet wird. Aufgrund des Zeitungsartikels könnte der Eindruck vermittelt werden, dass es sich um einen kompletten Ausbau der Strecke zwischen Volksbadstraße in Mönchengladbach und der Kreuzung in Korschenbroich handelt. Dem sei jedoch nicht so. Es handele sich ausschließlich um den Ausbau des Knotenpunktes L361/L31/Mühlenstraße/An der Sandkuhle.

13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- Ausschussmitglied Gerd Sack berichtet über einen Vortrag des Städt. Abwasserbetriebes bei der Bezirksregierung Düsseldorf zum Thema „Hochwassermanagement“. Die Stadt konnte sich hier positiv hervorheben.
- Ausschussmitglied Gerd Sack berichtet, dass beim ersten der anberaumten Termine zur Laubsammelaktion leider ein Container in Kleinenbroich gefehlt hat. Er bittet dies bei zukünftigen Terminen abzustellen.
Ausschussmitglied Hermann Pflieger bittet darum, dass zukünftig die Seitenzahlen in den Einladungen auf digitaler Ebene mit aufgeführt werden. Diese sollten dann möglichst mit den Ausdrucken der Papierform übereinstimmen, damit ein entsprechender Abgleich erfolgen kann.
Beigeordneter Onkelbach weist auf die derzeitige Problematik der Umstellung hin. Unter diesem Aspekt kann er keine konkrete Aussage treffen, ob dies möglich ist. Er werde die Anfrage an das zuständige Fachamt weitergeben.
- Ausschussmitglied Gerd Sack weist darauf hin, dass der Trietbach im Abschnitt des BUND Biotopes an der Lichtstraße kein Wasser mehr führt. Der Niersverband hat zugesagt, hier eine Entschlammung durchzuführen. Bis dato ist jedoch nichts passiert.
Techn. Angestellter Dr. Theo Verjans antwortet darauf hin, dass er ständig – auch zu diesem Thema – mit dem Niersverband in Kontakt steht, um Abhilfe zu schaffen.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.

Marc Venten

Bürgermeister